

Wolfram Scheffbuch
Oberdorfstr. 9
74366 Kirchheim am Neckar
Telefon 94668
Mail scheffbuch@aol.com
Kreisrat und stellv. Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Kirchheim, den 16. September 2019

Stephan Hennig
Uhlandstr. 21
74366 Kirchheim am Neckar
Telefon 95060
Mail stephanhennig96@gmail.com
Gemeinderat und stellv. Bürgermeister

An
Herrn
Uwe Seibold
Bürgermeister der Gemeinde Kirchheim am Neckar

ICAN-Städteappell

Sehr geehrter Herr Seibold,

die internationale Kampagne „ICAN“ setzt sich schon seit Jahren für die Abschaffung von Atomwaffen ein und ist Träger des Friedensnobelpreises 2017. (www.icanw.de) Die deutsche Sektion ist seit 2014 ein eingetragener, gemeinnütziger Verein und laut Satzung der Völkerverständigung und dem Einsatz für die Ächtung von Atomwaffen, für Abrüstung und Frieden verpflichtet.

2017 hat die UN-Vollversammlung den **Atomwaffenverbotsvertrag**, der die Entwicklung, Produktion, Test, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen verbietet, verabschiedet. Derzeit befindet sich der Vertrag in vielen Ländern im Prozess der Ratifizierung. Die NATO und auch die deutsche Bundesregierung lehnt einen Beitritt zum Vertrag ab.

Um Einfluss auf die Atomwaffenstaaten und ihre Verbündeten zu nehmen, den Vertrag zu unterschreiben hat ICAN den ICAN-Städteappell initiiert. Städte und Gemeinden sind aufgerufen, diesen Appell zu unterschreiben und den Beschluss zu veröffentlichen. Damit soll dokumentiert werden: Eine breite Mehrheit von unten will keine Atomwaffen.

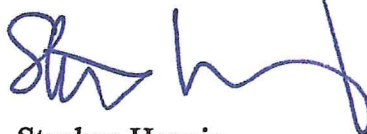
Wir schlagen vor, dass auch Kirchheim den ICAN-Städteappell unterzeichnet.

Anbei der Text des Appells einschließlich einer Liste von Städten in Deutschland, die schon unterschrieben haben.

Gerne stehen wir für ein Gespräch zum Thema zur Verfügung.



Wolfram Scheffbuch



Stephan Hennig

ICAN-Städteappell

#ICANSave meine Stadt

Zahlreiche Städte in Deutschland und aller Welt haben sich bereits dem ICAN-Städteappell angeschlossen. Ist Ihre Stadt die nächste?

International ruft ICAN Städte dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen. Große Städte in Nordamerika, Europa und Australien haben den Appell schon unterzeichnet, der wie folgt lautet:

„Unsere Stadt/unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Warum sollten sich Städte dem Appell anschließen?

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung im Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger und Bürgerinnen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sie sich gegen Atomwaffen aussprechen.

Das Engagement von Städten ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebende Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung ignoriert diese Sicht bisher.

Ein neues Bündnis von Städten weltweit stärkt die Stimmen der Menschen überall und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäften zu unterlassen.

Was kann ich tun?

Sie können die Mitglieder des Stadtrates oder des Senats Ihrer Stadt auffordern, sich dem Appell anzuschließen. In jeder Stadt sieht der Weg anders aus, also muss man sich zunächst fragen, wie das genau geht, beispielsweise durch eine Fraktion oder einen Ausschuss.

Wenn Sie nicht so viel Zeit haben, können Sie uns auch bei dieser Aktion helfen, indem Sie einfach auf Facebook, Twitter oder Instagram ein Foto eines Ortes in Ihrer Stadt, den Sie lieben, posten. Schreiben Sie dazu #ICANSave und dahinter den Namen Ihrer Stadt.

Wenn sich Ihre Stadt dem Appell anschließen will, [schicken Sie eine Mail an uns](#) mit dem Beschluss des Stadtrats oder Senats und wir nehmen sie in unserer Liste auf.

Städte in Deutschland, die den Appell unterzeichnet haben:

1. [Mainz](#), unterzeichnet durch den Oberbürgermeister Michael Ebling, 2. Februar 2019
2. [Wiesbaden](#), Beschlossen vom Magistrat, 20. Februar 2019
3. [Marburg](#), Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 22. Februar 2019
4. [Köln](#), unterzeichnet durch die Oberbürgermeisterin Henriette Reker, 5. März 2019
5. [Potsdam](#), Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, unterzeichnet durch den Oberbürgermeister Mike Schubert, 6. März 2019
6. [München](#), unterzeichnet durch Oberbürgermeister Dieter Reiter, 12. März 2019

7. Göttingen, Ratsbeschluss, 15. März 2019; vom OB Rolf-Georg Köhler unterzeichnet, 23. Juli 2019
8. Reinheim, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 22. März 2019
9. Dortmund, Stadtratsbeschluss vom 28. März 2019
10. Bremen, Senatsbeschluss, unterzeichnet durch den Bürgermeister Carsten Sieling, 2. April 2019
11. Schwerin, Beschluss der Stadtvertretung, 08. April 2019
12. Herne, Ratsbeschluss, 9. April 2019
13. Mörfelden-Walldorf, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 9. April 2019
14. Düsseldorf, Ratsbeschluss, 11. April 2019
15. Kaiserslautern, Ratsbeschluss, 15. April 2019
16. Naumburg, Gemeinderatsbeschluss, 17. April 2019
17. Ilmenau, Stadtratsbeschluss, 25. April 2019
18. Schwalbach, Magistratsbeschluss, 29. April 2019
19. Freiburg, unterzeichnet durch Oberbürgermeister Horn, 30. April 2019
20. Tübingen, Gemeinderatsbeschluss, 2. Mai 2019
21. Hannover, Ratsbeschluss am 25. April, Unterzeichnung durch Bürgermeister Hermann am 9. Mai 2019
22. Berlin, Beschluss des Abgeordnetenhauses am 9. Mai 2019
23. Kiel, Stadtratsbeschluss vom 16. Mai 2019
24. Essen, unterschrieben vom Oberbürgermeister Thomas Kufen am 16. Mai 2019
25. Flensburg, Ratsbeschluss am 16. Mai 2019
26. Kassel, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 20. Mai 2019
27. Nürnberg, Ratsbeschluss, 22. Mai 2019
28. Fürth, Stadtratsbeschluss, 22. Mai 2019
29. Erlangen, Stadtratsbeschluss, 29. Mai 2019
30. Maintal, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 11. Juni 2019
31. Hanau, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 17. Juni 2019
32. Siegen, Ratsbeschluss, 19. Juni 2019
33. Aschaffenburg, Stadtratsbeschluss, 24. Juni 2019
34. Braunschweig, Stadtratsbeschluss, 25. Juni 2019
35. St. Ingbert, Stadtratsbeschluss, 11. Juli 2019
36. Lindau, Stadtratsbeschluss, 16. Juli 2019
37. Hilchenbach, Stadtratsbeschluss, 26. Juni 2019
38. Marbach, vom Bürgermeister Trost unterzeichnet, 02. Juli 2019
39. Düren, Stadtratsbeschluss, 03. Juli 2019
40. Krefeld, Stadtratsbeschluss, 04. Juli 2019
41. Solingen, Stadtratsbeschluss, 04. Juli 2019
42. Neustadt/Aisch, Stadtratsbeschluss, 05. Juli 2019
43. Kreisstadt Groß Gerau, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 03. Juli 2019
44. Wuppertal, Stadtratsbeschluss, 08. Juli 2019
45. Trier, unterschrieben vom Oberbürgermeister Wolfram Leibe, 09. Juli 2019
46. Bochum, Stadtratsbeschluss, 11. Juli 2019
47. Altena, vom Bürgermeister Dr. Andreas Hollstein unterschrieben, 09. August 2019
48. Bad Kreuznach, Stadtratsbeschluss, 09. September 2019

Landkreise

1. Werra-Meißner-Kreis, Kreistagsbeschluss, 20. Mai 2019
2. Kreis Groß-Gerau, unterschrieben vom Landrat Thomas Will, 08. Juli 2019

Die durch Stadtverordnete, Oberbürgermeister*innen, Magistrate, Stadt- und Gemeinderäte, Kreistage und Abgeordneten Häuser vertretene Bevölkerung repräsentiert derzeit 17% der Gesamtbevölkerung Deutschlands.